

Bern

Machtkampf Im Kanton Bern sind die Fronten zwischen dem rot-grünen Regierungsrat und dem bürgerlich dominierten Parlament seit Jahren verhärtet. Sogar die Ziele, die sich die Regierung selbst steckt, mag der Grosse Rat nicht goutieren. *Adrian Schmid*

Jekami und Mistzetter-Politik

Ein rot-grün dominierter Regierungsrat setzt andere Prioritäten, als dies ein mehrheitlich bürgerlicher täte. Das liegt in der Natur der Sache. Es erstaunt daher wenig, dass Grossrätin Anne-Caroline Graber (SVP, La Neuveville) gestern im Parlament sagte: «Die Richtlinien des Regierungsrats sind uns zu linkslastig.» Die Tochter des alten und neuen Berner SVP-Nationalrats Jean-Pierre Graber beantragte denn auch gleich, das Strategiepapier zur Überarbeitung zurück an den Absender zu schicken.

Dieses Vorgehen überrascht nicht. In der dritten Legislatur mit einer linken Regierungsmehrheit und einem bürgerlich dominierten Parlament hat man sich langsam an die Machtspiele gewöhnt. So kann es dann eben auch vorkommen, dass sich der politische Grabenkampf selbst an Regierungsrichtlinien entzünden kann – obwohl es sich hierbei eigentlich nur um Absichtserklärungen handelt, um eine Art «Kompass» der Exekutive für die politische Tätigkeit, wie es Regierungspräsidentin Barbara Egger (SP) formulierte.

Dieser Kompass hat zuletzt in alle möglichen Richtungen gezeigt. Die Angelegenheit hat eine fast schon bizarr anmutende Eigendynamik angenommen. Der Regierungsrat hatte die Richtlinien für die Jahre 2015 bis 2018 Ende November vorgestellt. Er formulierte neun Ziele und drei Schwerpunkte: die innere Verdichtung vorantreiben, eine Steuerstrategie erarbeiten und positive Rechnungsabschlüsse anstreben. Die bürgerlich dominierte Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK) zeigte sich damit aber nicht zufrieden. «Die Visionen fehlen», sagte Präsident Walter Messerli (SVP, Interlaken). Die SAK verlangte Anpassungen. Die Regierung müsse eine Strategie vorlegen, wie man in Sachen Regionalkonferenzen weiterfahren wolle (siehe Text

unten). Auch die schon vor vier Jahren versprochene Gesundheitsstrategie müsse jetzt endlich nachgereicht werden. Im Weiteren wurden mehr Grundlagen für die Finanzpolitik gefordert. Es müsse auch geprüft werden, ob es mehr uniformierte Polizisten brauche. Und dann begannen auch noch die Parteien, ihre Wünsche vorzutragen. Die SVP forderte weniger Bürokratie, und dass der «Verkehrsfluss» gewährleistet sein müsse – was immer das heissen soll. Die Grünen wollten derweil in den Richtlinien festgehalten haben, dass die Regierung explizit auch den Fuss- und Veloverkehr fördere.

Für verschiedene Grossrätinnen und Grossräte war dies zu viel des Guten. Gemäss Alfred Schneiter (EDU, Thierachern) hat sich die Geschichte schlicht zu einem «Jekami» entwickelt. Es sei «komisch», wenn der Grosse Rat bei den Regierungsrichtlinien «dreinreden» wolle, meinte Adrian Wüthrich (SP, Huttwil). «Richtlinien sind kein Mistzetter», sagte Hannes Zaugg (GLP, Uetendorf). Er warf insbesondere den Bürgerlichen vor, ein «Schattenboxen» zu veranstalten. Vania Kohli (BDP, Bern) kritisierte zudem die Qualität vieler Eingaben. Diese hätten die «falsche Flughöhe», und «falsche Signale» würden ausgesandt. Barbara Egger rief derweil in Erinnerung, dass die Richtlinien keinen Anspruch auf Vollständigkeit hätten.

Die erwähnten Vorschläge von SVP und Grünen wurden vom Grossen Rat denn auch abgelehnt, diejenigen der SAK hingegen kamen durch. Die Votanten, die sich darüber ereifert hatten, dass der Regierung zu stark ins Handwerk gepfuscht werde, waren am Ende also auch nicht wirklich alle konsequent. Ob die Richtlinien zurückgewiesen werden, ist noch nicht entschieden. Darüber stimmt der Grosse Rat heute Vormittag ab.



Nicht auf der gleichen Linie: SVP-Grossrat Walter Messerli und SP-Regierungsrätin Barbara Egger. Foto: Adrian Moser

Regionalkonferenzen Grosser Rat verlangt Strategieüberprüfung

Im Rahmen der Debatte über die Regierungsrichtlinien hat der Grosse Rat mit 125 zu 14 Stimmen eine Planungserklärung überwiesen, die eine neue Strategie bezüglich Regionalkonferenzen verlangt. Das Papier muss bis Ende der Legislatur im Jahr 2018 vorliegen. «Es ist stossend, dass es Regionen ohne Regionalkonferenz gibt», sagte Walter Messerli (SVP, Interlaken) – namentlich im Oberaargau, in der Region Thun/Oberland-West und im Perimeter Biel-Seeland-Berner Jura. Bei den bestehenden Regionalkonferenzen müsse zudem überprüft werden, ob Grösse und Struktur die Bedürfnisse der Bevölkerung erfüllen, sagte Ueli Augstburger (SVP, Gerzensee). Er zielte damit vor allem auf die grosse Regionalkonferenz Bern-Mittelland.

Durch diesen Grossratsentscheid dürften die Diskussionen um die Regionalkonferenzen im Kanton Bern zusätzlichen Schwung erhalten. Die verabschiedete Planungserklärung zielt zwar nicht auf deren Abschaffung. Es sollen aber explizit auch andere Zusammenarbeitsformen sowie vermehrte Gemeindefusionen unter die Lupe genommen werden, wie es heisst.

Es wird nun interessant zu beobachten sein, was der Regierungsrat mit der Vorgabe des Parlaments machen wird. Denn Regierungspräsidentin Barbara Egger (SP) hat sich gestern klar gegen einen Kurswechsel ausgesprochen. «Wir dürfen politisch jetzt nicht übersteuern», sagte sie. Der Regierungsrat wolle die bestehende Strategie «konsequent weiterverfolgen». (ad)

Köpfli und Costa neu im Grossen Rat

Zum Auftakt der Januarsession hat der Grosse Rat gestern zwei neue Mitglieder vereidigt. Michael Köpfli (GLP/Bern) ersetzt Tanja Sollberger, und Stefan Costa (FDP/Langenthal) folgt auf Hans Baumberger. Costa verfügt bereits über Grossratsrats Erfahrung, war er doch von 2006 bis 2008 bereits einmal Mitglied des Kantonsparlaments. Michael Köpfli war sechs Jahre lang Mitglied des Berner Stadtparlaments und bis im letzten Herbst GLP-Fraktionschef. (sda)



Michael Köpfli.



Stefan Costa.

Unsanfte Landung für «doppelten Pukelsheim»

Der bernische Grosse Rat hat sich klar gegen die Einführung einer neuen Berechnungsmethode bei Wahlen ausgesprochen.

Der Grosse Rat des Kantons Bern will für die kantonalen Wahlen kein neues Verfahren für die Zuteilung der Sitze einführen. Das Parlament lehnte gestern die Einführung des Systems mit dem klingenden Namen «Doppelter Pukelsheim» klar ab. Die Forderung kam vonseiten der EVP, die sich seit langem für die nach einem Mathematiker benannte Methode engagiert. Beim heutigen System nach Hagenbach-Bischoff werden tendenziell die grösseren Parteien bevorteilt.

Mit dem «Doppelten Pukelsheim» würden die Stimmen aller Wählenden gleich viel Gewicht erhalten, warb EVP-

Grossrat Ruedi Löffel im Parlament für den Vorstoss. Auch Bern sollte das gerechteste bekannte System einführen.

Unerwünschte Nebenwirkungen

Der Regierungsrat sprach sich für das bestehende System aus. Der Vorteil liege darin, dass sich die Sitzverteilung mathematisch einfach nachvollziehen lasse. Der «Doppelte Pukelsheim» hingegen sei mathematisch komplex und nicht frei von unerwünschten Nebenwirkungen. In einzelnen Wahlkreisen könne es zu Verzerrungen kommen. Darüber hinaus sei «Hagenbach-Bischoff» fest verankert und breit akzeptiert. Das Verfahren wird nach Angaben des Regierungsrats von einer Mehrheit der Kantone und auf Bundesebene angewendet.

Die grossen Parteien SVP, SP und FDP stellten sich geschlossen gegen die Forderung. Was sich bewährt habe, solle man nicht ändern, gab Hubert Klopfenstein namens der Freisinnigen zu beden-

ken. Die Forderung tauche nun bereits zum dritten Mal im Parlament auf, man könnte dem auch Zwängerei sagen. Das heutige System bilde die Regionalität des Kantons Bern besser ab, führte Markus Aebi namens der SVP an. Es sei doch auch mal ein gutes Zeichen, wenn die grossen Parteien am gleichen Strick zögen, sagte der Thuner SP-Grossrat Peter Siegenthaler.

Die Grünen, die BDP und die kleineren Parteien sprachen sich dezidiert für den «Doppelten Pukelsheim» aus. Weil das heutige System tendenziell die grossen Parteien bevorzuge, habe man die Möglichkeit von Listenverbindungen geschaffen. Diese Listenverbindungen würden aber mitunter seltsame Blüten treiben und das Wahlsystem pervertieren, betonte Grünen-Sprecher Blaise Kropf. Der Rat sprach sich mit 98 zu 52 Stimmen gegen den Vorstoss aus den Reihen der EVP und damit für die Beibehaltung des aktuellen Systems aus. (sda)

Regierungsrat zeigt Verständnis für Wechselabsichten

Der bernische Regierungsrat kann nachvollziehen, dass die bernische Kleinste-Gemeinde Clavaleyres eine Fusion mit Murten (FR) anstrebt. Bis der Zusammenschluss vollzogen ist, dürften fünf bis sieben Jahre vergehen. Das schreibt der Regierungsrat in seiner gestern veröffentlichten Antwort auf eine Interpellation von Jakob Etter (BDP). Die Stimmberechtigten von Clavaleyres hatten Ende 2013 beschlossen, Fusionsverhandlungen mit Murten aufzunehmen. Als bernische Exklave erledige Clavaleyres schon heute viele seiner Aufgaben zusammen mit Murten, schreibt der Regierungsrat.

Als nächsten Schritt müssen nun die Kantonsregierungen von Freiburg und Bern eine Vereinbarung ausarbeiten, welche die Basis für ein Fusionsprojekt von Murten und Clavaleyres bildet. (sda)